

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

„Armenierdebatte“ im türkischen Parlament

Zum ersten Mal in der Geschichte der Großen Türkischen Nationalversammlung wurde über einen Antrag bezüglich der ‚Armenierfrage‘ im Plenum beraten. Der Antrag wurde von Ramazan Toprak (AKP) und weiteren 31 Abgeordneten aller Parteien eingereicht. Selten war die Übereinstimmung bei einem Thema im türkischen Parlament so eindeutig. Der Antrag geht letztlich auf eine Initiative von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan und von Oppositionsführer Deniz Baykal zurück. Beide trafen sich am 08. März 2005, um über eine abgestimmte Strategie hinsichtlich der ‚Armenierfrage‘ zu beraten. In ihrer gemeinsamen Erklärung wehrten sie sich gegen den Vorwurf eines ‚Genozids‘ an den Armeniern und erklärten, dass die Armenierfrage den Historikern überlassen werden sollte.

Der Antragstext, der mit großer Mehrheit gestern im Parlament angenommen wurde, enthält zunächst einen historischen Hinweis über die außerordentlich guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern. Es wird des Weiteren festgestellt, dass zu einer friedlichen gemeinsamen Zukunft zwischen beiden Staaten in erster Linie eine Atmosphäre der Freundschaft und Toleranz geschaffen werden müsse, frei von festgefühten Vorurteilen resultierend aus den Kriegsjahren.

In der Resolution wird die Einrichtung einer ständigen Kommission türkischer und armenischer Historikern vorgeschlagen, die die historische Wahrheit ans Tageslicht fördern soll. Alle Archive in beiden Ländern sowie in Drittstaaten müssten dafür ohne Auflagen für diese Kommission geöffnet werden und beide Länder sollten gemeinsam eine Übereinkunft über die Arbeitsmethode und den Aufbau dieser Kommission treffen.

Außenminister Abdullah Gül, der im Namen der Regierung sprach, teilte mit, dass Ministerpräsident Erdoğan in dieser Angelegenheit auch schon einen Brief an den armenischen Präsidenten Robert Kotscharian geschrieben habe. Er forderte die internationale Gemeinschaft dazu auf, Armenien diesbezüglich unter Druck zu setzen. Abdullah Gül, der auch kurz den ‚Armenierantrag‘ der CDU/CSU-Fraktion in seinem

Redebeitrag streifte, forderte insbesondere diejenigen Parlamente zur Unterstützung des türkischen Vorschlags auf, die eigene Armenieranträge beschlossen haben. Sollte dies ausbleiben, so gehe die Türkei davon aus, dass die entsprechenden Anträge aus innenpolitischen Überlegungen gestellt wurden und lediglich dem Stimmenfang dienen sollten. Eine positive Antwort des armenischen Präsidenten, so Gül, sei eine Vorbedingung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und dem Nachbarland.

Ferner wurde beschlossen, dass das türkische Parlament eine Erklärung an das britische Unterhaus richten werde: Die britische Volksvertretung soll erklären, dass das ‚Blue Book‘ im ersten Weltkrieg vom englischen Kriegsbüro als Propagandamittel herausgegeben worden sei. Zudem soll das britische Unterhaus feststellen, dass dieses Buch nicht als historische Quelle zu betrachten und es lediglich als moralische Grundlage für die armenische Terrororganisation ASALA bestimmt gewesen sei. Die Resolution wurde zur Unterschrift für alle Parlamentarier ausgelegt.

Der Antragsteller Ramazan Toprak brachte in seiner Rede genau das auf einen Punkt, was viele Türken befürchten und bewegt. Diejenigen Armenier, die eine Anerkennung des sog. ‚Genozids‘ forderten, gingen nach der drei T-Strategie vor: „**Tanima, Tazminat ve Toprak**“. Dies beinhaltet, seiner Meinung nach, zunächst eine internationale Anerkennung des ‚Armeniergenozids‘, dann Ausgleichszahlungen und zum Schluss das Abtreten von türkischen Staatsgebietes.

Die ersten Reaktionen aus Armenien auf diesen Antrag sind ablehnend. Außenminister Vartan Oskanian lehnte eine kompromissbereitere Haltung entschieden ab und teilte mit, dass die armenische Regierung selber politisch aktiv werden wolle. Wie die armenische Nachrichtenagentur Medimax berichtet, habe Oskanian die Türkei beschuldigt, mit diesem Antrag in einer unehrenhaften Weise nicht nur ihre eigene Geschichte neu schreiben zu wollen, sondern sie wolle auch andere Staaten zu einer Neubewertung der Geschichte bewegen. Der Außenminister glaube, so die Presseagentur, dass diese Politik negativ auf die türkischen Verantwortlichen zurück fallen werde. Solche Initiativen würden nur dazu führen, dass die Internationale Gemeinschaft noch bestimmter auf die Anerkennung des ‚Genozids‘ drängen werde. Solange die Türkei den ‚Genozid‘ an den Armeniern nicht anerkenne, so lange könne Armenien der Türkei kein Vertrauen entgegen bringen

Ankara, den 14. April 2005

Frank Spengler/ Dirk Tröndle